NEUE LIBERALE
DIE SOZIALLIBERALEN

Landesparteitag
Hamburg - 05.11.2016

Antragsbuch

Inhaltsverzeichnis

Satzungsänderungsanträge

Seite 2 Satzungsänderungsantrag Nr. 01 zu den Antragsfristen

Seite 3 Satzungsänderungsantrag Nr. 02 zum Parteinamen

Programmatische Anträge

Seite 4 - 7 Programmatischer Antrag Nr. 01 zur Obdachlosenpolitik

Seite 8 Programmatischer Antrag Nr. 02 zur Energie- und Sozialpolitik

Seite 9 - 10 Programmatischer Antrag Nr. 03 zur Verkehrspolitik

Seite 11 - 14 Programmatischer Antrag Nr. 04 zur Stadtentwicklungspolitik

Satzungsänderungsantrag Nr. 01 zum Landesparteitag der Neuen Liberalen - Landesgruppe Hamburg – am 05.11.2016

Betrifft: Antragsfristen der Landessatzung, teilweise redaktionell

Der Landesparteitag möge beschließen:

In § 5 Abs. 6 Satz 3 wird folgende Passage „und diese, soweit dies nicht bereits nach Abs. 3 geschah" ***ersetzt durch*** „soweit noch nicht geschehen"

§ 6 Abs. 6 wird wie folgt neu gefasst:

„Alle übrigen Anträge außer Dringlichkeitsanträge müssen dem Landesvorstand bis zum zehnten Tag vor Beginn des Parteitages eingereicht werden und sind den Mitgliedern spätestens bis zum siebten Tag vor dem Parteitag zu übersenden. Dringlichkeitsanträge sind bis zum Beginn des Parteitages möglich. Über die Dringlichkeit entscheidet der Parteitag.

Begründung:

Die bisherigen Regelungen sind widersprüchlich und deshalb schlicht undurchführbar. Gemäß dem bisherigen § 6 Abs. 6 müssen alle normalen Anträge, die nicht Satzungsänderungsanträge sind, dem Landesvorstand drei Tage vor Beginn des Parteitages eingereicht werden. Gleichzeitig sollen den Mitgliedern bereits am siebten Tag vor Beginn des Parteitages diese Anträge vorliegen.

Dass die Mitglieder mindestens eine Woche Zeit haben, sich auf die Anträge vorzubereiten, ist sachgerecht und für eine seriöse Antragsberatung auch nötig. Dann müssen die Anträge aber auch rechtzeitig beim Landesvorstand eingereicht werden. Hier ist eine 10-Tagesfrist angemessen. Die bisherige 3-Tages-Frist ist widersinnig.

Die Änderung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 ist rein redaktionell, da hier auf einen § 5 Absatz 3 Bezug genommen wird, der zum Thema überhaupt keine Aussage trifft.

Antragsteller: Landesvorstand: Kay Wolkau, Barbara Lewy, Najib Karim, Ali Haydar Mercan

Satzungsänderungsantrag Nr. 02 zum Landesparteitag der Neuen Liberalen - Landesgruppe Hamburg – am 05.11.2016

Betrifft: Parteinamen

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 1 Abs. 1 der Landessatzung wird wie folgt neu gefasst:

(1) Die Landesgruppe führt den Namen »Neue Liberale – Die Sozialliberalen - Landesgruppe Hamburg und ist ein Gebietsverband der Partei »Neue Liberale- Die Sozialliberalen«.

Begründung:

Die Landesatzung sollte so weit wie möglich der Bundessatzung angepasst werden. Auch auf die Kurzform kann vorerst verzichtet werden, solange die Bundespartei keine Kurzform gefunden hat. Die Kurzform "Liberale Hamburg" ist überholt, die Gefahr einer Verwechslung mit der FDP ist erheblich.

Die letztes Jahr beschlossene Bundessatzung lautet insoweit:

„§1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich der Partei

Der Name der Partei ist Neue Liberale – Die Sozialliberalen. Neue Liberale ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes.

Der Sitz der Partei ist Hamburg.

Die Partei ist in der gesamten Bundesrepublik Deutschland tätig.

Gebietsgliederungen führen den Namen Neue Liberale – Die Sozialliberalen bzw. die Kurzbezeichnung Liberale mit dem Zusatz des jeweiligen Gebietsnamens.

Neue Liberale – Die Sozialliberalen verteidigt als sozialliberale Partei die Bürgerrechte und den demokratischen Rechts- und Sozialstaat. Sie wirkt politisch beim Aufbau einer vom sozialen Geist getragenen freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit, die jedem Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur freien Entfaltung bietet und die Verantwortung für die Umwelt und nachfolgende Generationen übernimmt."

Antragsteller: Landesvorstand: Kay Wolkau, Barbara Lewy, Najib Karim, Ali Haydar Mercan

Programmatischer Antrag Nr. 01 für den Landesparteitag der Neuen Liberalen – Landesgruppe Hamburg - am 05.11.2016

Der Landesparteitag möge beschließen:

Obdach- u. Wohnungslosenpolitik

- Sozial ist eine Stadt, welche gerade die Schwächsten stärkt -

Hamburg hat nicht erst infolge der in den letzten Jahren angestiegenen Zahl von Flüchtlingen große Schwierigkeiten, angemessene Unterkünfte für Obdachlose und Wohnungslose bereit zu stellen.

Es gibt schon seit langem große Mängel in der öffentlichen Unterbringung. Nötig ist stets die vorausschauende Planung über die Situation hinaus. Dies wurde in der Vergangenheit versäumt. Kapazitäten der Öffentlichen Unterbringung wurden oft vorschnell abgebaut. Aus Kostengründen haben alle Senate der letzten 10 Jahre vor allem die Obdachlosen und Wohnungslosen nicht angemessen in ihre Sozialpolitik einbezogen.

Hamburgs Wohlfahrtsverbände warfen dem rot-grünen Senat kürzlich eine massive Vernachlässigung der Wohnungs- und Obdachlosen vor. 10.500 Menschen gelten in Hamburg als obdachlos. Da keine verlässlichen Statistiken geführt werden, wird teilweise von einer Dunkelziffer von weiteren 2000 Menschen ohne Obdach ausgegangen.

In der Stadt gibt es derzeit ca. 14.000 vordringlich Wohnungssuchende. Für diese Personengruppe waren von den 2015 erteilten 8500 Baugenehmigungen lediglich 26 Wohnungen vorgesehen.

Neben der Reduzierung bestehender Wohnungslosigkeit gilt es vor allem neue Wohnungslosigkeit zu verhindern. Überschuldete Haushalte sind hier das größte Risiko. Nach Zahlen der Verbraucherzentrale gilt ungefähr jeder zehnte Haushalt in Hamburg als überschuldet.

Um zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, gibt es in Hamburg behördliche Fachstellen zur Wohnungssicherung. Diese haben die Aufgabe, durch die Übernahme von Mietschulden Zwangsräumungen zu vermeiden.

Das behördliche Hilfesystem versagt allerdings, wenn Menschen aufgrund ihrer psychosozialen Probleme (Sucht, psychische Störungen, Realitätsverlust, aber auch Überforderung mit behördlichen Problemen) nicht mehr in der Lage sind, sich um Hilfe zu kümmern. Ebenso fehlt es in den Fachstellen an ausreichend Personal.

Die Ursachen, sich selbst nicht mehr helfen zu können, sind Krankheit, häusliche Konflikte, Scheidung, Trennung und vor allem bei Frauen häusliche und familiäre Gewalt. Auf der Straße lebende Obdachlose sind überdurchschnittlich häufig krank. Rund zwei Drittel sind alkohol- und drogenabhängig und 15 bis 30 % leiden unter einer psychischen Erkrankung.

Auffällig in Hamburg ist der hohe Anteil junger Wohnungsloser. Wer seine Wohnung verliert, bekommt meist auch Probleme mit geregelten Tagesabläufen. Dies führt häufig zum zusätzlichen Verlust des Arbeitsplatzes und in Folge zu sozialer Isolation, Einsamkeit und Beeinträchtigung der psychischen und körperlichen Gesundheit. Es muss das Ziel sein, durch erfolgreiche Vermittlung von Wohnraum auch die Verweildauer in der öffentlichen Unterbringung deutlich zu reduzieren.

Ein großes Problem für Straßenobdachlose ist die mangelnde gesundheitliche Versorgung. Ihre oftmals bestehenden Rechtsansprüche auf Leistungen können auf der Straße lebende Menschen aber nur einfordern, wenn eine Meldeadresse vorliegt. Da die meisten Menschen auf der Straße jedoch Probleme mit Behörden in ihrem Heimatort haben und sich deshalb dort nicht anmelden können, fehlt ihnen die Möglichkeit, sich am aktuellen Aufenthaltsort wohnungslos zu melden. Das führt dazu, dass sie in der Regel nicht krankenversichert sind.

Obdachlose Menschen sind in besonderem Maße dem Risiko von Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Der öffentliche Raum als hauptsächlicher Aufenthaltsort von obdachlosen Menschen lässt kaum Möglichkeiten des privaten Rückzugs und macht die Menschen oft wehrlos.

Wir Neue Liberale wollen:

- ein **Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung** in Hamburg, mit dem Ziel, eine ausreichende Anzahl kleinerer, überschaubarer und menschenwürdiger Wohneinheiten mit Beratungs- und Betreuungsangeboten für Obdachlose bereitzuhalten.

- in allen Einrichtungen der öffentlichen Unterbringung **Mindeststandards eingehalten** wissen. Größe, Ausstattung und Zusammensetzung der Bewohner sind bei jeder Einrichtung so zu gestalten, dass die Wohnatmosphäre einem potenziellen Gewaltrisiko entgegen wirkt. Dazu zählt bei Bedarf vor allem auch eine Einzelzimmerunterbringung.

- vorrangig dafür sorgen, dass **Wohnungslosigkeit nicht eintritt**.
  Der soziale Wohnungsbau muss daher weiter belebt werden.
  Zudem müssen bei Neubauten vermehrt auch kleine,
  preisgünstige Ein-Zimmer-Wohnungen entstehen. Einrichtungen
  wie Fördern & Wohnen sollten verstärkt eigene Wohnungsbestände errichten und belegen.

- die **Fachstellen für Wohnungsnotfälle personell besser ausstatten**. Sie müssen in der Lage sein, Betroffene in Notlagen zu helfen etwa bei der Begleitung und ggf. Intervention bei Zwangsräumungen und im Rahmen von aufsuchender Arbeit

- allen Wohnungslosen den **Zugang zur Wohnungsvermittlung** nach dem in Hamburg abgeschlossenen Kooperationsvertrag ermöglichen. Dafür muss die Anzahl der im Vertrag definierten Wohnungen deutlich erhöht werden.

- Straßenobdachlosen einfache **Zugänge zum öffentlichen Gesundheitssystem** ermöglichen, was diskriminierungsfreie Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte umfasst.

- jungen Menschen ein **Recht auf eigenständiges Wohnen** ermöglichen. Die Mietkosten müssen ohne erschwerende bürokratische Hürden übernommen werden.

- vor allem für die Gruppe der Straßen-Obdachlosen eine **langfristige Begleitung auch nach Vermittlung in eine Wohnung** sicherstellen.

- **systematische Erforschung** und regelmäßige Erhebung von Daten zum Problem der Wohnungslosigkeit.

- ein Winternotprogramm, das seinen Namen verdient. (siehe unten)

Wir Neue Liberale fordern:

Das Winternotprogramm muss in Qualität und Quantität aufgestockt werden und jedem Bedürftigen uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Jedes Jahr startet am 1. November das Winternotprogramm hamburgweit. Es soll während der Wintermonate obdachlosen Menschen Schutz vor Erfrierungen bieten. Die Auslastung des Winternotprogramms war in den letzten Jahren sehr hoch und nahm stetig zu. Das derzeitige Winternotprogramm bietet für Obdachlose lediglich 890 Schlafplätze an. Das sind einerseits deutlich zu wenige Plätze. Andererseits ist die Qualität der angebotenen Schlafplätze teilweise äußerst fragwürdig.

Die vorhandenen Schlafplätze befinden sich weit überwiegend in Großunterkünften. So stehen in der Münzstraße rund 400 Schlafplätze und im Schaarsteinweg rund 360 Schlafplätze zur Verfügung. Rund 130 Schlafplätze sind in Wohncontainern über das Stadtgebiet bei Kirchengemeinden, bei der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und bei der Evangelischen Hochschule für Sozialpädagogik beim Rauhen Haus verteilt.

Gerade in größeren Unterkünften ist das Risiko, Opfer einer Gewalt- oder Straftat zu werden deutlich erhöht. Viele Obdachlose haben deshalb Angst, sich nachts in ein Winternotquartier zu begeben. Manche Menschen ziehen es dann vor, auf der Straße zu nächtigen. Das ist im Winter lebensgefährlich. Deshalb müssen vermehrt kleinteilige Unterbringungen angeboten werden, die eine Gewähr für eine Wohnatmosphäre bieten, die einem potenziellen Gewaltrisiko entgegenwirkt. Diesem Anspruch werden die meisten derzeitigen Unterkünfte nicht oder nicht ausreichend gerecht.

An Wintertagen müssen- anders als bisher- alle Obdachlosen die Möglichkeit haben, sich auch tagsüber in Innenräumen aufzuhalten. Die täglich zugängliche Tagesaufenthaltsstätte in der Hinrichsenstraße von fördern & wohnen bietet mit rund 100 Plätzen bereits rein zahlenmäßig bei weitem keinen ausreichenden Ersatz.

Zwar hat der Senat vor, die Beratungsangebote für die Nutzer des Winternotprogramms auszubauen. Doch das bedeutet nicht, dass auch alle tatsächlich Hilfe bekommen. Obdachlosen aus Osteuropa werden oft auf ihr Heimatland verweisen. Eine Unterkunft in Hamburg bekommen nicht alle. Es ist jedoch ein Gebot der Menschlichkeit, jedem eine Unterkunft anzubieten. Wer im Winter keine Unterkunft erhält, droht auf Hamburgs Straßen zu verelenden. Das ist menschenverachtend.

Hamburg muss ein Winternotprogramm auferlegen, das seinen Namen verdient.

Antragsteller: Landesvorstand: Kay Wolkau, Barbara Lewy, Najib Karim, Ali Haydar Mercan,

sowie Thomas Niebergall & Maja Creutzberg

Programmatischer Antrag Nr. 02 für den Landesparteitag der Neuen Liberalen – Landesgruppe Hamburg - am 05.11.2016

Der Landesparteitag möge beschließen:

Energie- und Sozialpolitik

- Stromsperren abschaffen -

Energie ist ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens. Mit Strom sorgen wir für Licht, saubere Kleidung, Information, Kommunikation. Ohne Elektrizität ist eine gleichberechtigte Teilhabe und Beteiligung an der Gesellschaft nicht möglich, ja selbst ein menschenwürdiges Leben ist ohne Strom nur schwer vorstellbar. Man muss den Zugang zu elektrischer Energie daher beinahe auf die Stufe eines Grundrechtes stellen.

Die Stadt Hamburg hat sich in jüngster Zeit vermehrt auch mit dem Argument der Daseinsvorsorge als Akteur auf dem liberalisierten und privatisierten Strommarkt beteiligt. So gehört ihr mit der Stromnetz Hamburg GmbH nicht nur das Hamburger Verteilnetz, sondern mit der Hamburg Energie GmbH auch ein Stromvertrieb. Damit greift die Stadt tief in die Wirtschaft ein.

In den ersten 9 Monaten dieses Jahres ist es in Hamburg zu mehr als 8500 Stromsperren gekommen. Maßnahmen also, die Bürgerinnen und Bürger zeitweise und mutwillig vom Bezug elektrischer Energie abgeschnitten haben. In dieser Zeit war und ist es den Betroffenen nur unter größeren Aufwendungen möglich ihren Alltag zu bestreiten. Vor allem vor dem Hintergrund, das derartige Maßnahmen vor allem sozial schwache Bürgerinnen und Bürger trifft, ist kritisch zu sehen.

Wir fordern den Begriff der Daseinsvorsorge ernst zu nehmen, dazu gehört konkret:

- Stopp der Stromsperren der Stromnetz Hamburg GmbH
- Schaffung eines Sozialtarifes von Hamburg Energie GmbH als Fallback-Lösungen nach der Grundversorgung
- Abstimmung von Stromnetz Hamburg und Hamburg Energie über die automatische Ummeldung und Belieferung der sonst zu sperrenden Anschlüsse mit dem neu geschaffenen Sozialtarif.

Antragsteller: Malte van Haastrecht

Programmatischer Antrag Nr. 03 für den Landesparteitag der Neuen Liberalen – Landesgruppe Hamburg - am 05.11.2016

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verkehrspolitik

- Mobilität neu denken -

Verkehrswege bringen Menschen in Verbindung. Sie wirken über Länder-, Landes- und Bezirksgrenzen hinweg und spielen in viele Bereiche des täglichen Lebens hinein. Verkehrspolitik ist gleichsam Stadt- und Landschaftsplanung, Raumordnung, Raumplanung, Polizei- und Straßenverkehrsrecht, Sie ist Haushaltsrecht, Planungsrecht, Leitungsrecht, sie sorgt für soziale Teilhabe, sie ist Gesundheits- Wirtschafts- Sicherheits- und Umweltpolitik -und über all diesen Säulen schwebt das Dach der Beteiligung.
Daher ist Verkehrspolitik für uns NEUE LIBERALE - DIE SOZIALLIBERALEN ein wichtiges Politikfeld.

Wir NEUE LIBERALE – DIE SOZIALLIBERALEN wollen Mobilität grundsätzlich neu denken. Wir möchten allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang zu Mobilität ermöglichen, um breite gesellschaftliche Teilhabe zu bewirken. Lebenswerte Städte müssen Lebensräume und Verkehrsräume optimal miteinander verbinden. Dabei sind für uns Umweltgerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Gesundheit der Menschen unerlässliche und von Anfang an zu berücksichtigende Faktoren.

Durch die Nutzung digitaler Technologien, wie zum Beispiel bei intelligenten Verkehrssystemen, können Verkehrsabläufe sicherer, reibungsloser und ressourcenschonender werden. Zudem sind in einer zunehmend vernetzten Welt Anreize für multimodale Verkehrslösungen sinnvolle Instrumente um den Individualverkehr bedarfsgerecht zu optimieren.

Daher fordern wir:

- Wir treten ein für eine frühzeitige, ergebnisoffene und echte Beteiligung von Bürgerinnen, Bürgern und Verbänden, transparente Ausschreibungen, öffentlich zugängliche, unabhängige Gutachten und Planungen, sowie ein langfristiges Monitoring und Evaluationen über die Planungsphase hinaus.
- Wir wollen private Finanzierungsmodelle von Infrastrukturen entwickeln und fördern. So könnten Investoren beispielsweise in Höhe der werterhöhenden Standortvorteile, die sie durch eine bessere Anbindung ihrer Projekte realisieren können, entsprechend an den Kosten der Herstellung von öffentlichen Verkehrswegen o.ä. beteiligt werden. Aber auch Investitionsmöglichkeiten für Privatanleger können höhere Investitionen und eine verbesserte, zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur ermöglichen.
- Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Stickoxiden und Feinstäuben durch die Einrichtung einer Umweltzone und die Schaffung einer Stickoxid-Plakette sowie Ausweitung von ausgewiesenen Tempo-30-Bereichen vor allem innerhalb des geografischen Bereiches des Ring 2.
- Stärkung des Fahrradverkehrs durch grüne Wellen an Ampelanlagen in den Städten, Weiterer Ausweisung von Fahrradstraßen und Ausbau der Velorouten. Stärkung des Stadtradsystems durch bessere Be- und Ausschilderung auf den Straßen.
- Abschaffung des Schnellbus im HVV für eine generelle Abkehr vom Zwei-Klassen-Nahverkehr für eine Homogenisierung der angebotenen Leistungen im ÖPNV und die gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Nutzung selbiger.

- Einfacheres Tarif- und Preissystem im HVV, insbesondere Reduzierung der verschiedenen Nah- und Kurzfahrkarten. Zudem wollen wir mit einer Bestpreis-Option zur Einführung der HVV-Card sowohl die Einführung als auch die Akzeptanz und Attraktivität des eTicket zu unterstützen.
- Wir wollen eine Stärkung des multimodalen Verkehrs. Fahrten sind heutzutage nicht mehr auf nur ein Verkehrsmittel beschränkt, sondern können durch einem Mix von PKW, ÖPNV und Fahrrad erfolgen.
  Wir wollen durch Ausweitung der Switchh-Points der Hochbahn in allen Bezirken den Grundstein dafür setzen. Zudem wollen wir Carsharing durch speziell ausgewiesene Parkflächen gerade in der Innenstadt fördern.
- Kostenfreies Parken für Fahrzeuge mit emissionslosem bzw. umweltfreundlichen Antrieben.

Antragsteller: Isabel Wiest, Malte van Haastrecht

Zusätzliche Anmerkung: Der Antrag entstand unter Mitarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr, Energie und Umwelt in Hamburg unter der Federführung ihrer Sprecher Isabel Wiest und Malte v. Haastrecht. Herzlichen Dank für die gemeinsame Arbeit und die guten Sitzungen, die vorbereitend zu diesem Antrag geführt haben.

Programmatischer Antrag Nr. 04 für den Landesparteitag der Neuen Liberalen – Landesgruppe Hamburg - am 05.11.2016

Der Landesparteitag möge beschließen:

Stadtentwicklungspolitik

Stadtentwicklung in Hamburg aktiv, kreativ und nachhaltig gestalten- Menschen einbeziehen- Öffentlichen Raum erlebbar machen und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt erhöhen

Nicht erst seit Elbphilharmonie und Europa-Passage wird Architektur in Hamburg öffentlich diskutiert. Die Umnutzung historischer Kaispeicher, die Sanierung von Altbaulasten oder neue Großprojekte südlich der Elbe: Inzwischen beschäftigen sich immer größere Kreise mit der Frage, wie die Stadt in Zukunft aussehen soll und wie nicht. Dabei geht es nicht nur um Großprojekte wie aktuell die HafenCity, sondern auch um viele kleinere Vorhaben, die letztlich in der Summe maßgeblich das Bild einer Stadt prägen.

Gleichwohl ist die HafenCity das mit Abstand bedeutendste Bauprojekt der Gegenwart in Hamburg. Bereits seit dem Jahr 2000 erleben die Hamburger einen neuen Stadtteil im Werden. Die HafenCity als eine neue City hat den Anspruch maritimes Flair, Arbeiten und Wohnen, Kultur und Freizeit, Tourismus und Einzelhandel miteinander zu verbinden. Ein Großteil der HafenCity ist heute bereits fertig gestellt oder kurz vor der Fertigstellung.

Gerade die Architektur und städtebauliche Struktur der bisher fertig gestellten Abschnitte der Hafencity hat vielfältige Kritik aus der Fachwelt, der Politik und vor allem aus der Bevölkerung erfahren. Der solitärartige Charakter und die mangelnde Kleinteiligkeit der weit überwiegenden Mehrzahl der bislang realisierten Gebäude steht in direktem Kontrast sowohl zur angrenzenden Speicherstadt, als auch zum Großteil der Innenstadt, deren Bebauung jeweils von urbaneren Blockrandstrukturen bestimmt wird.

Darüber hinaus wird die Architektur von vielen Menschen – gerade für ein neues zentrales Viertel der Stadt – als eher unattraktiv wahrgenommen. Die Architektur der HafenCity-Bauten wird oft als banal, steril, kalt, austauschbar, modisch statt zeitlos, fantasielos, farblos und uninspiriert beschrieben.

Dort wo der neue Stadtteil bereits fertig gestellt ist, muss die Kritik so stehenbleiben, gleich ob sie zu Recht oder Unrecht geäußert wird. Anders sieht es bis dato noch im Osten der HafenCity aus.

Denn in ihrem östlichen Teil ist die HafenCity noch immer Entwicklungsgebiet. Der Masterplan aus dem Jahr 2000 ist 2010 für die östlichen Quartiere zwar längst überarbeitet worden. Jedoch ist erst aus jüngsten Presseberichten der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, wie der Masterplan für die östliche Hafencity aussieht und vor allem auf welche Weise er schon bald sehr konkret Wirklichkeit werden soll.

Dabei stechen besonders die Planungen für das Quartier Elbbrücken ganz im Osten der Hafencity ins Auge. Denn mit dem Quartier Elbbrücken soll ein hoch verdichteter Stadtraum mit mehreren großen Türmen entstehen. Den zentralen öffentlichen Raum bildet -der namensgemäß bereits vielsagende -Chicago Square. Das Elbbrückenquartier dient mehrheitlich für Unternehmen, Hotels, Einzelhandel und Gastronomie. In den lärmgeschützteren Lagen am Baakenhafen, an der Elbe und am Chicago Square könnten nahezu 1000 Wohnungen gebaut werden.

Auch für das noch nicht realisierte Quartier Baakenhafen westlich des künftigen Elbbrückenquartiers sind durchweg immerhin 5- bis 7-geschossige Gebäude mit überwiegend halboffenen Blockstrukturen vorgesehen. Die Bebauung wird hier ebenfalls entsprechend dicht.

Ursprünglich war hier eine lockerere und weniger verdichtete Bebauung vorgesehen, wie der ursprüngliche Masterplan aus dem Jahre 2000 verrät. Die erhebliche Nachfrage nach Wohnraum in Hamburg hat hier zu Planänderungen im Sinne von mehr Nachverdichtung und deutlich mehr Wohneinheiten geführt.

Wir Neue Liberale sehen auch und gerade im Wandel der veränderten Bedarfslagen und des Drucks auf dem Hamburger Wohnungsmarkt die Notwendigkeit aktiv und nachhaltig zu gestalten. Lediglich kurzfristigen Zwängen und Bedarfen nachzugehen würde einer modernen Stadtentwicklungspolitik widersprechen.

Hamburg hat von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die jüngste Vergangenheit Fragestellung von aktiver Gestaltung der Stadt vor allem auch unter Einbeziehung der Bevölkerung nicht wirklich aufgegriffen. Stattdessen hat die Politik eher kurzfristige Notwendigkeiten vor Augen, etwa schnell Wohnraum zu bauen oder das Angebot an vorhandenen Büroflächen zu erweitern. Die Aufgaben, die sich die Stadtentwicklung selbst aufgab, waren verhältnismäßig eng gewählt und führten am Ende zur Entstehung von Orten wie Steilshoop oder City-Nord. In den Großwohnsiedlungen, die in den Wohnzonen der Hamburger Vororte entstanden sind, will heute kaum jemand mehr wohnen. Stadtviertel wie Kirchdorf-Süd, Mümmelmannsberg oder Steilshoop müssen mit gewaltigem Aufwand saniert werden, damit sie für die Stadt überhaupt noch brauchbar bleiben.

Erst die HafenCity hat nach langer Zeit wieder die Frage aufgeworfen, wie urbane Stadtstrukturen überhaupt geschaffen werden.

Diesen Ansatz wollen wir konsequent weiter verfolgen. Dabei gilt es, neue und mutige Wege zu beschreiten und vor allem verstärkt in deutlicherem Umfang als bisher eine breite Öffentlichkeit in die Diskussion über moderne Stadtentwicklung und die Architektur bei Neubauten in Hamburg einzubeziehen.

Wir Neue Liberale wollen:

- **Mehr Bürgerbeteiligung bei größeren Bauvorhaben** mit stadtbildprägender Funktion wie u.a. der Hafencity über die im Baugesetzbuch vorgesehen Möglichkeiten hinaus. Die im Rahmen der Stadtwerkstatt Hamburg erfolgten Ansätze der Beteiligung und Information wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.
- **Moderne, fachlich erprobte Formen von Beteiligung bei Auslobungsverfahren** und architektonischen Wettbewerben, die den Interessen verschiedener Beteiligter entgegenkommen. Für qualitativ bessere Bürgerbeteiligung im Rahmen von Auslobungsverfahren wollen wir für Planungswettbewerbe ein **zweistufiges Wettbewerbsverfahren.** In der ersten Stufe werden- gegebenenfalls im Rahmen eines separaten Ideenwettbewerbs –die grundsätzlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Denkmalschutz, städtebauliche Positionierung, Kubatur, Baustil und Höhenentwicklung festgelegt und anschließend zur Diskussion gestellt. Hier könnte etwa ein Meinungsbild oder besser eine Abstimmung durchgeführt werden. Das Ergebnis würde dann die Grundlage für eine zweite Planungsstufe in Form eines Realisierungswettbewerbs bilden. Auf diese Weise würde das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit an städtebaulichen Fragen ebenso sichergestellt wie die im Vergaberecht verankerte Anforderung, dass bei Auslobungsverfahren in der überwiegenden Anzahl Fachleute über die Qualität der Wettbewerbsbeiträge entscheiden. Im Rahmen von Auslobungsverfahren und **architektonischen Wettbewerben** sollten anders als bisher künftig **regelhaft Bürgervertreter in die** entsprechenden **nicht öffentlich tagenden Auswahlgremien** entsendet werden.

- Eine verstärkte Einbeziehung der Öffentlichkeit bei den bisher weitgehend auf Fachleute bezogenen **bezirklichen Wohnungsbaukonferenzen**. Hierzu ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der mit der Durchführung der Konferenzen betrauten Verwaltungen erforderlich.
- Die überaus **dominante Stellung des Hamburger Oberbaudirektors** (OD) **durch einen stärkeren Einfluss der Hamburgerinnen und Hamburger sowie der Kommunal- bzw. Bezirkspolitik bei der Umsetzung von Bauvorhaben eindämmen**. Als leitender Fachbeamter gehört der Oberbaudirektor der Behördenleitung und wird an allen Entscheidungen und bei allen Vorhaben beteiligt, die für das Stadtbild und die Stadtgestaltung eine besondere Bedeutung haben. Bei städtebaulichen Wettbewerben ist er als stimmberechtigter Fachpreisrichter regelhaft Mitglied der entsprechenden Jury. Bei besonderen Großvorhaben, wie derzeit zum Beispiel der HafenCity oder zuvor der Messeerweiterung, sowie bei der Entwicklung der Innenstadt hat er über seine besondere Koordinierungsfunktion sowohl rechtlich als auch faktisch einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf Hamburgs Baupolitik. Eine solche Einflussnahme des OD ist aus demokratischen Gründen fragwürdig.
- Allgemein die **öffentliche Debatte in Hamburg über Fragen von Stadtentwicklung** und Architektur bei neuen größeren Bauvorhaben **fördern.** Auf diese Weise könnte vermieden werden, dass Modeerscheinungen und Trends in der Architektur die Stadtentwicklung zu einseitig prägen und Fragen wie Aufenthaltsqualität und Identifizierung der Menschen mit der Architektur ihrer Stadt nicht oder zu wenig berücksichtigt werden.

Hamburgs HafenCity braucht mehr Fantasie, Farbe und Vielfalt, mehr Aufenthaltsqualität und keine neuen Höhenrekorde beim Bauen: Wir wollen eine behutsame Verwirklichung der bisherigen Planungen für die östlichen Quartiere Elbbrücken und Baakenhafen.

Kürzlich gab es den Auftakt für Hamburgs neues Hochhausviertel. Für den letzten und vom Bauvolumen her größten Abschnitt der HafenCity, dem Elbbrückenquartier, ist bereits das erste Grundstück vergeben worden. Direkt vor den Elbbrücken soll Presseinformationen zufolge ein Präventionszentrum der beiden Berufsgenossenschaften BGW und VBG entstehen samt Seminarhotel mit 200 Betten. 28.000 Quadratmeter Fläche werde das Gebäude überirdisch umfassen und bis zu 15.Stockwerke hoch sein. So und ähnlich sind nach den bisherigen Planungen zahlreiche Hochhäuser dort vorgesehen. Noch kann dem zumindest von Art und Umfang her Einhalt geboten werden.

Ein solches der Öffentlichkeit kürzlich präsentiertes „Klein Manhattan" in Hamburg sehen wir Neue Liberale kritisch. Denn Ausmaß und Höhe der vorgesehenen Bebauung sprengen die bisher in Hamburg vorhandenen baulichen Dimensionen innerhalb kürzester Zeit. Tatsächlich hat es gerade mit Rücksicht auf Hamburgs historische Silhouette in der Vergangenheit stets nur Einzelprojekte gegeben, die das Erscheinungsbild Hamburgs bereits von weitem einschneidend verändert haben.

Daran wollen wir festhalten. Es spricht zwar aus unserer Sicht nichts dagegen an ausgewählter Stelle gezielt in die Höhe zu bauen und die HafenCity nach Osten hin quasi aufwachsen zulassen. Dies muss jedoch mit Augenmaß und darf nicht mit der Brechstange geschehen. Die bisherigen Planungen von mehreren Hochhäusern eng beieinander und mit Höhen von bis zu 200 Metern sind aus stadtplanerischer Sicht nicht vertretbar. Aufenthaltsqualität und Kleinklima wäre in einer Hafenstadt wie Hamburg mit häufig windigem Wetter erheblich gefährdet.

Wolkenkratzer haben andere Städte zur Genüge. Hamburg braucht keine massive Ansammlung von Gebäuden, deren Höhenspitzen den 132 Meter hohen Michel oder das 108 Meter hohe Radison Blu Hotel am Dammtor um fast das Doppelte überragen.

Wir fordern für die Aufenthaltsqualität und das Erscheinungsbild der östlichen HafenCity auf Bauhöhen von über 150 Meter strikt zu verzichten. Gebäude von mehr als 10 Stockwerken müssen die Ausnahme bleiben. Anders als bisher vorgesehen sind auch im Elbbrückenquartier Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität herzustellen. Die bisherige Freiflächenplanung ist unzureichend.

Wir Neue Liberale wollen eine Architektur, die im Hinblick auf Farbe, Form und Vielfalt neue Maßstäbe setzt und sich von dem bisherigen Erscheinungsbild der bereits vorhandenen Quartierte der HafenCity fantasievoll, unverwechselbar und für Hamburg identitätsstiftend abhebt. Dazu bedarf es zahlreicher architektonischer Wettbewerbe, an der Hamburgs Öffentlichkeit in geeigneter Weise breit zu beteiligen ist. Nur so wird es gelingen, einen Stadtteil zu gestalten, mit dem sich die Hamburgerinnen und Hamburger identifizieren.

Antragsteller: Kay Wolkau